

Trump beendet Harvard-Verträge - Aufstand um Rassendiskriminierung!

Die Trump-Administration will US-Verträge mit Harvard kündigen wegen pro-palästinensischer Aktivitäten und Rassenvielfaltspolitiken.



Cambridge, USA - Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump plant, alle verbleibenden Bundesverträge mit der Harvard-Universität zu kündigen. Diese Entscheidung ist Teil eines größeren Konflikts, der sich um die pro-palästinensischen Studentenaktivitäten an der Institution und deren Vielfaltspolitiken dreht. Laut **Al Jazeera** wird ein Entwurf eines Schreibens der General Services Administration (GSA) alle Bundesbehörden anweisen, bestehende Verträge mit Harvard, die auf etwa 100 Millionen USD geschätzt werden, zu überprüfen und möglicherweise zu kündigen.

Den Vorwurf der Rassendiskriminierung im Zulassungsprozess sowie die unzureichende Bekämpfung von Antisemitismus

scheint die Trump-Administration besonders am Herzen zu liegen. Die GSA hat darüber hinaus eine Überprüfung von Verträgen im Wert von 255,6 Millionen USD und mehrjährigen Zuschüssen in Höhe von 8,7 Milliarden USD angekündigt, um angeblichen Antisemitismus an Hochschulen zu bekämpfen. Dieser Schritt folgt auf die Kürzung von 400 Millionen USD an Zuschüssen für die Columbia University und weiteren Maßnahmen gegen pro-palästinensische Aktivitäten an US-Universitäten.

Kontroversen um pro-palästinensische Proteste

Der Streit um die radikalen pro-palästinensischen Aktivitäten an Harvard hat an Intensität zugenommen. Ein Brief von Studentenorganisationen, der Israel die Verantwortung für die Gewalt in der Region zuschreibt, wurde von der Harvard Undergraduate Palestine Solidarity Committee verfasst und von 33 weiteren Organisationen unterstützt. Diese Erklärung erschien nach einem überraschenden Angriff der Hamas, bei dem zahlreiche Menschen getötet und entführt wurden. Auf die öffentliche Stellungnahme reagierten sowohl Professoren als auch der ehemalige Harvard-Präsident Larry Summers, der die Erklärung als „abscheulich“ bezeichnete und die Stille der Universitätsleitung kritisierte. Inzwischen hat Harvard ein eigenes Schreiben veröffentlicht, das die Angriffe der Hamas verurteilt, jedoch nicht auf die Kontroversen um den Brief einging.

Universitätspräsidentin Claudine Gay stellte klar, dass die Studenten das Recht hätten, ihre Meinungen zu äußern, jedoch nicht im Namen von Harvard sprechen könnten. Dessen ungeachtet wird die studentische Erklärung von Harvard Hillel, dem jüdischen Zentrum der Universität, als ein Zeichen von „weiterem Hass und Antisemitismus“ angesehen.

Steilvorlagen für politische Debatten

Die Thematik hat auch politische Wellen geschlagen und führte zu einer Anhörung im US-Kongress, an der die Präsidentinnen von Harvard, der University of Pennsylvania und dem MIT teilnahmen. Der Anstieg antisemitischer Vorfälle an US-Universitäten seit dem 7. Oktober 2023, als pro-palästinensische Proteste zunahmen, war ein zentrales Gesprächsthema. Eine Umfrage der Anti-Defamation League zeigte, dass über zwei Drittel jüdischer Studierender in dieser Zeit Antisemitismus erlebten, was zu einem Rückgang des Sicherheitsgefühls auf den Campus führte.

Besondere Fragen stellte Abgeordnete Elise Stefanik, die auf Rufe zum Völkermord an Juden hinwies. Die Reaktionen auf diese Debatten sind gespalten; während einige Abgeordnete und Professoren den Druck auf Universitäten nach einem Rücktritt von Claudine Gay forderten, nahmen über 800 Schwarze Alumni öffentlichen Stellung für die Präsidentin ein. Harvard selbst bekräftigte, dass sie Vorkämpfer für offene Diskurse und akademische Freiheit ist, jedoch keine Toleranz für Gewaltaufrufe und Diskriminierung zeigt.

Inmitten dieser Kontroversen versucht die Trump-Administration, Universitäten unter Druck zu setzen, um deren Umgang mit Themen wie Rassendiskriminierung und Antisemitismus zu verändern, was zu einer zunehmend angespannten Atmosphäre an Hochschulen in den USA führt. Die Diskussion über den richtigen Umgang mit Meinungs- und Redefreiheit bleibt eine Herausforderung für alle Beteiligten.

Details	
Vorfall	Antisemitismus
Ort	Cambridge, USA
Festnahmen	1
Quellen	• www.aljazeera.com • www.bbc.com • www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net